

6 Jahre Zivilklausel – eine kritisch-optimistische Bilanz

Verschriftlichung des Vortrags von Reiner Braun beim Zivilklausel-Arbeitstreffen am 24./25.01.2015 in Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die vielleicht renommierteste Zeitung der Friedenswissenschaft, das Bulletin of the Atomic Scientists, noch von Albert Einstein gegründet, hat die Weltuntergangsuhr auf 3 Minuten vor 12 vorgestellt. Dies war zuletzt 1984 der Fall. Anfang der 90er Jahre war sie noch zurückgestellt auf 7 Minuten, später auf 5. Ich stelle dies vorweg, weil ich deutlich machen will, dass die Frage „Krieg und Frieden“ eine ganz zugespitzte Frage ist. Es geht nicht um eine theoretische Diskussion, ob Krieg wieder möglich ist, sondern darum, dass Krieg bis hin zum Atomkrieg eine reale Option ist und bleibt. Ich finde, dass wir uns dies immer wieder vergegenwärtigen sollten, wenn wir darüber diskutieren, was wir tun. Das Bulletin of the Atomic Scientists führt als wesentliches Element der Kriegsgefahr die Modernisierung und Weiterentwicklung der Atomwaffen an. Es nennt als zweites die Gefahren der Atomreaktoren und ihrer Dual-Use-Funktion und als drittes den Klimawandel als militärstrategische Bedrohung. Ich glaube, alle drei Elemente sollten wir in Erinnerung behalten, wenn wir darüber diskutieren, wo wir stehen und was wir in Zukunft tun wollen.

Zu meinem Thema: 6 Jahre Zivilklausel.

Dezember 2009, Karlsruhe, ein voll besetzter Streikhörsaal. Subrata Ghoshroy (Massachusetts Institute of Technology) hält eine Vorlesung und unterstützt und ermutigt uns in der Zivilklausel-Bewegung mit mutigen Schritten nach vorne zu gehen. Dies gibt die Stimmung, aber auch die Möglichkeiten wieder, die durch die Urabstimmung im Januar 2009 in Karlsruhe deutlich geworden sind. Es ist vielleicht der Beginn der zweiten Welle der Zivilklausel-Entwicklung, nachdem es in den 1980er Jahren im Zusammenhang mit der Ablehnung der Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles eine erste Aktivitätswelle für Zivilklauseln gegeben hat.

Zur Situation heute. Wir haben gemäß zivilklausel.de 21 Hochschulen mit einer bestehenden Zivilklausel: KIT, TU Berlin, Uni Bremen, Uni Konstanz, TU Dortmund, Uni Oldenburg, Uni Jena, Uni Kiel, TU Ilmenau, Uni Tübingen, Uni Rostock, Hochschule Bremen, Hochschule Bremerhaven, Uni Kassel, TU Darmstadt, Uni Göttingen, Uni Frankfurt am Main, Uni Münster, Uni Lüneburg, Uni Freiburg, Hochschule Emden/Leer. Andere Quellen kommen auf eine geringere Anzahl. Dies hängt ein bisschen davon ab, wie man Zivilklausel definiert, ob mit einer „harten“ oder einer „weichen“ Definition.

Zusätzlich haben wir weitere Initiativen und Versuche Zivilklauseln zu entwickeln bzw. durchzusetzen. Dies reicht z.B. von der Planung von Urabstimmungen (Uni Düsseldorf), über Aktionen und Informationsveranstaltungen zur Zivilklausel (Uni Dresden) und Podiumsdiskussionen zur Verantwortung der Wissenschaft (Uni Koblenz-Landau), bis hin zur Schaffung einer studentischen Projektstelle zur Einführung einer Zivilklausel (Uni Siegen). Auch bei dieser Auflistung besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll vor allem deutlich machen, dass sich weiterhin etwas tut.

Seit der Wiederbelebung der Zivilklausel-Bewegung 2009 hatten wir bereits Urabstimmungen in Karlsruhe, Köln, Berlin, Frankfurt am Main, Kassel, Kiel und Marburg, bei denen sich zwischen 63% und 90% der Abstimmenden für eine Zivilklausel aussprachen. Über ihre Wahlbeteiligung kann man natürlich diskutieren. Sie kann wie auch die Wahlen zu den Studierendenparlamenten demokratietheoretisch nicht befriedigen. Da hätte man sich bei fast allen sicherlich mehr Prozente gewünscht. Dennoch dokumentieren sie eine deutliche Unterstützung der Zivilklausel und eine Bewegung in die richtige Richtung. Auch hier wird deutlich, dass sich in den vergangenen Jahren etwas getan hat. Keine dieser Urabstimmungen war ein Selbstläufer. Sie sind von „Aktiven“ erkämpft und durchgestritten worden, oft auch gegen viele Widerstände an der Hochschule. Urabstimmungen waren immer auch ein großer Diskussionsprozess.

Bei unseren Aktivitäten haben wir darüber hinaus auch Unterstützung aus anderen gesellschaftlichen Bereichen erhalten. Es gab Beschlüsse von ver.di, von der GEW und, was aus meiner Sicht besonders hervorzuheben ist, weil es nicht selbstverständlich ist, ebenfalls vom DGB-Bundeskongress. Zudem kam es zur Fassung von Beschlüssen auf Landesparteitagen. Die SPD in Bremen oder die Grünen in Rheinland-Pfalz sind hier als Beispiele anzuführen. Wir hatten von Beginn an Unterstützung von der Partei „Die Linke“ auf den verschiedensten parlamentarischen und Partei-Ebenen. Die Arbeit der Bundestagsfraktionen und ihre vielfältigen Anfragen waren eine wichtige Hilfe bei der Informationsbeschaffung und der Aufklärungsarbeit über die Militarisierung der Hochschulen. Es gab und gibt des Weiteren eine Diskussion um die Zivilklausel in den Landeshochschulgesetzen. So existierte im Zeitraum von 1993 bis 2002 eine Zivilklausel im Landeshochschulgesetz in Niedersachsen, wir haben sie seit 2006 in Thüringen und wir haben sie, auch wenn es hinsichtlich ihrer Formulierung kritische Betrachtungsweisen gibt, ebenfalls in Nordrhein-Westfalen. In Bremen wird über sie zudem im Zusammenhang mit der Novelle des Landeshochschulgesetzes diskutiert. Auch im Koalitionsvertrag der rot-rot-grünen Regierung in Thüringen findet die Zivilklausel eine positive Erwähnung. Die weiteren Diskussionen werden zeigen, ob damit eine Ausweitung der Zivilklauseln an mehr Hochschulen Thüringens verbunden ist – ohne mehr Aktionen an den Hochschulen wird dieses jedoch wohl kaum passieren.

Was bislang erreicht wurde, ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis unseres gemeinsamen Engagements und unserer gemeinsamen Aktivität, koordiniert und gebündelt im bundesweiten Netzwerk „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel!“. In dessen Rahmen hat eine ganze Reihe von Vernetzungen und Vernetzungstreffen stattgefunden, ebenso wie Tagungen, Kongresse und kleine Veranstaltungen. In den letzten Jahren war das Netzwerk immer wieder aktiv. Das Engagement und das Herzblut einer größeren Anzahl von Aktiven spiegeln sich in ihm ebenso wider wie unsere Kontroversen.

Unsere Arbeit hat dazu geführt, dass wir Rüstung an den Hochschulen delegitimiert haben. Wir haben einen Beitrag dazu geleistet, darüber aufzuklären, was Rüstungsforschung bedeutet. Immer wieder haben wir neue Einzelbeispiele enthüllt, die Militärforschung an den Pranger gestellt. Wir haben das kontinuierlich und zugespitzt an den Pentagon-Finanzierungen deutlich gemacht, die 2013 von der Süddeutschen Zeitung und dem NDR durch geradezu mustergültigen investigativen Journalismus im Projekt „Geheimer Krieg“ aufgedeckt worden sind. Die Medien haben immer wieder, oft auch zentral, über uns berichtet.

Wir haben an Tabus gekratzt. Wir haben uns immer wieder im Streit mit der Wissenschaftsfreiheit und der Bedeutung dieser Freiheit im Grundgesetz auseinandergesetzt. Wir haben die riesige

Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf und der Realität von Wissenschaftsfreiheit dargelegt, und immer wieder auf die historische Bedeutung auch dieser Freiheit verwiesen. Ich spreche gerne von der „sogenannten Wissenschaftsfreiheit“. Ich befürworte die Wissenschaftsfreiheit des Grundgesetzes. Was wir in der Realität haben, ist aber ein Missbrauch derselben. Die Freiheit ist eine Freiheit des Geldes und der Drittmittel, nicht die Freiheit aller Forschenden.

Wir haben uns immer wieder intensiv mit der Dual-Use-Problematik auseinandergesetzt und wie damit umzugehen ist. Sie kann erkannt werden. Kriterien zeigen den Charakter der Forschung auf. Einige, wie z.B. die Finanzierung und die Veröffentlichungsfreiheit, haben wir immer wieder formuliert.

Wir sind nicht national geblieben, sondern haben internationale Kontakte und Zusammenarbeit entwickelt. Engeren Kontakt gibt es beispielsweise zu Österreich und der Schweiz, aber auch zu den USA, Großbritannien oder Japan. Japan ist eines der Ursprungsländer der Zivilklausel-Bewegung. Dort gab es sie ebenfalls schon in den 1980er Jahren. Heute haben wir 36 Universitäten in Japan, die eine Zivilklausel besitzen.

Ganz andere Bedingungen haben unsere KollegInnen in den USA und in Großbritannien, auf die wir durchaus inspirierend gewirkt haben. Unsere amerikanischen KollegInnen lächeln, wenn wir über Zivilklauseln berichten. Der Militarismus der amerikanischen Hochschulen ist gigantisch oder anders herum gesagt: alle führenden amerikanischen Hochschulen könnten sofort geschlossen werden, wenn das Geld aus der Rüstungsindustrie nicht mehr in diese Hochschulen fließen würde. So kommen fast 40% der Gelder des MIT aus der Rüstungsindustrie. Wir haben Anstöße gegeben, sich nach über 20 Jahren wieder mit diesem Thema zu beschäftigen und Veranstaltungen durchzuführen.

Es ist also eine Zivilklausel-Bewegung entstanden und Rüstungsforschung ist zu einem „dirty word“ geworden. Keiner möchte so richtig damit identifiziert werden und auch die, die Rüstungsforschung befürworten, versuchen es ja immer mit vielfältigsten legitimativen Begründungen zu umschreiben.

Dies ist der Zwischenstand, wo wir nach 6 Jahren stehen.

Vieles haben wir erreicht, aber vielleicht genauso vieles noch nicht: wir sind keine breite gesellschaftliche Bewegung oder - soziologisch - keine Massenbewegung geworden. Es sind vor allem kleine Initiativen. 51 weitestgehend studentische Zivilklausel-Bewegungen aus dem gesamten Bundesgebiet haben wir bei den Recherchen zur Vorbereitung dieser Veranstaltung feststellen können. Und auch hier besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit. Ich hoffe sogar, dass noch welche fehlen. Manchmal bestehen diese Initiativen aus lediglich vier Menschen, manchmal sind es sechs oder auch mal zehn, selten 20 oder mehr. Wir haben vielfältige Aktivitäten und Engagement, meistens von wenigen – umso bewundernswerter.

Verstöße gegen die Zivilklausel

Wir wissen, dass die Militarisierung der Universitäten (wie auch der Gesellschaft und der internationalen Politik) weitergeht, ja intensiviert wird. Die „Kissinger-Professur“ ist wahrscheinlich eins der negativsten Beispiele. Nach diesem Kriegsverbrecher einen Lehrstuhl in Bonn zu benennen, trotz aller Proteste und Widerstände, die es gegeben hat und in denen die Bonner ZivilklauselaktivistInnen eine aktive Rolle spielten. Die „Ischinger-Auseinandersetzung“ in Tübingen

ist meiner Meinung nach ebenfalls ein Beispiel für systematische Militarisierung. Der Chef der Kriegskonferenz von München als Lehrstuhlinhaber an einer Zivilklausel-Universität – ziemlich daneben.

Zwischen 2010 und 2014 hat das Bundesverteidigungsministerium über 700 öffentliche Forschungsaufträge mit einem Volumen von 390 Millionen Euro verteilt. In diesem Zeitraum gingen laut Süddeutscher Zeitung und NDR Info ca. 120 Aufträge im Wert von mehr als 28 Millionen Euro an öffentliche Hochschulen. Hiervon profitierten u.a. die Uni Hannover (mehr als 5,8 Millionen Euro), die Uni Kiel (mehr als 3 Millionen Euro) und die FH Bonn-Rhein-Sieg (mehr als 2,1 Millionen Euro). Insgesamt umfasst die Liste 41 Hochschulen, unter ihnen auch welche, die eine Zivilklausel besitzen wie die Hochschulen Tübingen, Konstanz, Frankfurt am Main, Rostock und Göttingen. Detaillierte Zahlen können den Antworten auf kleine Anfragen der Partei die Linke im Deutschen Bundestag entnommen werden (z.B. Bundesdrucksachen 17/06200 oder 18/2345).

Ein Gesamtüberblick über die Finanzierung der Rüstungsforschung ist wegen der Intransparenz der Ausgaben des Verteidigungsministeriums kompliziert. Folgend einige Fakten, die die Dimension der Ausgaben verdeutlichen:

- Gesamtausgaben des BMVg für Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung 2012: 918.075.000 Euro (ca. 1 Milliarde Euro)
- Überblick über Universitäten (aus Bundesdrucksache 17/06200 von 2011) [Auflistung der jährlichen Drittmittel des BMVg an Hochschulen von 2000-2010 (ganze Tabelle siehe unten)], z.B.:
 - Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg: 3.862.895,44 €
 - Technische Universität München: 3.554.222,70 €
 - Universität Kiel: 2.804.181,36 €
 - Bundeswehruniversität München: 4.316.865,94 €
 - LMU München: 2.448.610,33 €
 - Deutsche Sporthochschule Köln: 4.400.000,00 €
 - Universität Jena: 1.317.057,45 €
 - Universität Göttingen: 1.655.167,69 €
- Laut der Haushaltsgesetze von 2009 bis 2012 gibt das BMVg jährlich Summen zwischen 900 Mio. und 1,2 Mrd. Euro für „Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung“ aus.

Wir sollten nicht vergessen: Die Vergabepaxis der Bundesregierung ist gerade im militärisch relevanten Bereich offensichtlich intransparent. Angaben zu Finanzvolumina und Auftragnehmern militärischer Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die im Haushaltsgesetz in Kapitel 1420 unter „Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung“ aufgeführt sind, unterliegen dem Geheimschutz.

Die Bundesregierung führt auf Nachfrage die nationale Sicherheit als Argument dafür an, die Öffentlichkeit nicht über Ort und Finanzvolumina der Aufträge des BMVg zu informieren (Bundestagsdrucksache 17/5015).

Jährliche Drittmittelzuwendungen BMVg an Hochschulen (Angaben HH-Mittel in EUR)

Einrichtung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Summe
1 Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg	0	0	0	1.650,00	238.594,00	449.948,00	328.582,44	452.986,00	1.059.831,00	599.827,00	730.477,00	3.862.895,44
2 Universität Bonn	0	167.149,80	187.149,80	187.149,80	1.000,00	30.000,00	40.000,00	50.000,00	82.746,88	36.468,51	186.864,95	968.529,74
3 Fachhochschule Gelsenkirchen	0	0	0	0	0	0	0	0	219.071,03	264.176,26	0	483.247,29
4 Fachhochschule Hof	0	0	0	0	0	5.000,00	0	50.000,00	105.000,00	115.000,00	0	275.000,00
5 Fachhochschule Koblenz	0	0	0	0	0	69.600,00	69.600,00	107.100,00	35.567,00	0	73.487,25	365.354,25
6 Universität Rostock	0	0	0	0	40.000,00	60.000,00	110.066,28	90.000,00	178.022,72	0	0	478.089,00
7 Ruhr-Universität Bochum	0	0	0	62.134,00	110.888,00	123.390,00	132.299,00	92.604,00	85.318,00	169.036,00	79.701,83	782.747,83
8 Technische Fachhochschule Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0	74.780,00	0	0	74.780,00
9 Technische Universität Clausthal	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10 Technische Universität München	150.000,00	150.000,00	269.222,70	965.000,00	1.241.000,00	679.000,00	50.000,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	3.554.222,70
11 Universität Duisburg-Essen	0	0	0	0	0	31.900,00	48.140,00	171.500,00	0,00	0,00	0,00	28.572,43
12 Universität Erlangen-Nürnberg	0	0	0	0	0	0	0	258.230,00	458.185,70	497.811,51	309.995,72	1.524.222,93
13 Universität Hannover	13.703,95	0	14.000,00	0	0	18.240,00	0	38.825,00	121.400,00	112.600,00	75.596,05	392.365,00
14 Universität Kaiserslautern	0	0	0	0	103.000,00	227.000,00	490.000,00	292.000,00	150.000,00	0,00	0	1.262.000,00
15 Universität Karlsruhe	0	0	0	0	0	0	0	102.728,66	221.869,72	204.553,01	0	529.141,39
16 Universität Kiel	20.000,00	0	0	90.000,00	258.652,44	248.347,56	292.857,00	446.351,50	529.014,60	558.147,26	360.811,00	2.804.181,36
17 Universität Koblenz-Landau	153.387,57	55.219,52	0	0	0	0	0	20.738,13	59.500,00	243.688,32	157.200,00	689.733,54
18 Universität Leipzig	0	0	0	0	0	0	0	0	22.500,00	30.000,00	30.000,00	407.500,00
19 Universität zu Köln	154.336,00	135.637,00	81.253,00	80.620,00	55.154,00	0,00	0,00	0	0	0	60.000,00	567.000,00
20 Bundeswehruniversität München	703.368,91	653.494,97	209.403,69	399.088,00	427.400,00	443.645,06	309.818,75	451.602,00	472.142,56	157.100,00	90.000,00	4.316.865,94
21 Technische Universität Berlin	50.000,00	50.000,00	40.000,00	40.000,00	0	158.000,00	119.185,18	0	0	0	0	457.185,18
22 Technische Universität Dresden	140.000,00	150.000,00	70.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	1.130.000,00
23 Fachhochschule Mainz	0	0	0	5.220,00	34.220,00	39.517,33	28.222,67	0	0	0	0	107.180,00
24 Universität Hohenheim	40.000,00	140.000,00	170.000,00	140.000,00	220.000,00	70.000,00	60.000,00	50.000,00	40.000,00	180.000,00	130.000,00	1.240.000,00
25 Universität Tübingen	0	0	30.000,00	80.000,00	150.000,00	180.000,00	260.000,00	260.000,00	370.000,00	100.000,00	119.307,00	1.549.307,00
26 Universität Freiburg	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	914.920,32
27 Universität Ulm	200.000,00	90.000,00	180.000,00	170.000,00	60.000,00	30.000,00	40.000,00	0	50.000,00	180.000,00	190.000,00	1.190.000,00
28 Universität Heidelberg	200.000,00	201.624,89	0	0	0	0	0	0	0	0	0	401.624,89
29 LMU München	155.000,00	94.000,00	39.610,33	120.000,00	340.000,00	360.000,00	430.000,00	340.000,00	250.000,00	160.000,00	160.000,00	2.448.610,33
30 Universität Regensburg	0	0	0	0	50.000,00	110.000,00	65.324,00	0	0	0	0	225.324,00
31 Universität Würzburg	0	0	0	0	0	0	0	120.000,00	30.340,00	0	0	180.340,00
32 Universität Hamburg	37.207,00	33.222,26	130.000,00	100.000,00	70.000,00	30.000,00	0	0	0	0	0	400.429,26
33 Bundeswehruniversität Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	40.000,00	130.000,00	170.000,00	230.000,00	570.000,00
34 Universität Gießen	370.000,00	410.000,00	410.000,00	20.000,00	30.000,00	110.000,00	87.110,11	0	0	0	0	1.437.110,11
35 Tierärztliche Hochschule Hannover	0	0	0	0	0	0	0	50.000,00	70.000,00	80.000,00	210.000,00	410.000,00
36 Universität Göttingen	0,00	220.000,00	220.000,00	220.000,00	135.000,00	50.000,00	150.000,00	260.000,00	250.000,00	110.000,00	40.167,69	1.655.167,69
37 Universität Düsseldorf	0,00	17.750,62	290.000,00	190.000,00	80.000,00	0	0	0	0	0	0	577.750,62
38 Universität Dortmund	10.000,00	3.000,00	17.877,00	31.082,00	12.956,98	0	0	0	0	0	0	74.915,98
39 Universität Münster	0	0	0	0	43.684,00	20.000,00	0	0	0	0	0	63.684,00
40 Deutsche Sporthochschule Köln	60.000,00	100.000,00	100.000,00	230.000,00	350.000,00	420.000,00	760.000,00	800.000,00	800.000,00	360.000,00	420.000,00	4.400.000,00
41 RWTH Aachen	110.000,00	140.000,00	82.838,74	0	0	0	0	0	0	0	0	332.838,74
42 Universität Witten/Herdecke	0,00	0,00	27.000,00	44.000,00	84.885,08	0	0	0	0	0	0	155.885,08
43 Universität Wuppertal	0	0	0	76.457,00	127.341,00	0	0	59.381,00	23.188,00	0	0	266.377,00
44 Universität Mainz	0	0	0	0	0	140.000,00	50.000,00	140.000,00	280.000,00	200.000,00	150.000,00	960.000,00
45 Universität des Saarlandes	0	0	0	0	60.000,00	28.305,70	0	0	0	0	0	88.305,70
46 Universität Lübeck	0,00	0	0	5.240,00	0	0	0	0	0	0	0	5.240,00
47 Universität Jena	0,00	44.777,45	85.901,00	131.134,00	138.716,00	137.443,00	171.071,00	212.150,00	221.282,00	174.573,00	0	1.317.057,45
48 Universität Passau	41.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	41.000,00

Abweichungen gegenüber der Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 in BT-Drs. 17/3337 vom 19. Oktober 2010 können sich aus folgenden Gründen ergeben:

An einzelne Forschungseinrichtungen wurden zwischen dem Zeitpunkt der Antwort der Bundesregierung und dem Jahresende 2010 Restzahlungen geleistet.

Bei einzelnen Forschungseinrichtungen wurden in BT-Drs. 17/3337 die kompletten Auftragssummen der Studien genannt, ohne die Überschneidungen zwischen den tatsächlichen Laufzeilen und dem Antragszeitraum zu berücksichtigen. In BT-Drs. 17/3337 wurden somit bereits Zahlungen genannt, die tatsächlich erst im Jahr 2011 fr. geleistet werden bzw. worden sind.

Die Gelder steigen nach wie vor, ebenso wie die Anzahl der Forschungsaufträge, die an den Hochschulen vergeben werden. Es ist nicht absehbar, dass dieser Trend in nächster Zeit gestoppt wird. Im Gegenteil, die größte Auseinandersetzung steht uns noch bevor. Denn wenn der Rüstungsetat auf 2% des Bruttoinlandprodukts, also von ca. 33 auf 56 Milliarden Euro steigen sollte (siehe Beschluss des NATO-Gipfels von Wales), dann werden sicher auch die Gelder für Rüstungsforschung weiter steigen. Die Militarisierung setzt sich also fort.

Darüber hinaus haben wir gebrochene Versprechen der Politik. Vor der Wahl versprochen, nach der Wahl gebrochen. Das vielleicht schlimmste Beispiel dafür ist für mich Baden-Württemberg. Die Grünen waren hier mit der Zivilklausel im Wahlprogramm angetreten (ebenso die SPD) und hatten sie sofort wieder vergessen, als sie die Wissenschaftsministerin stellten. Auf die offizielle Politik kann man sich nicht verlassen. Da ist politischer Druck notwendig. Ich sage das auch deswegen, um schon mal ein bisschen vorzuwarnen, für diejenigen, die die nächsten Wahlkämpfe haben werden. Da werden dann ebenfalls Versprechen abgegeben, die am Tag danach bei der Regierungsbildung wieder vergessen sind.

Wir haben, und damit komme ich zu einem großen Problem, Verstöße gegen existierende Zivilklauseln an mehreren Universitäten, beispielsweise durch Zusammenarbeit mit Rüstungsunternehmen, Rüstungsforschung für die Bundeswehr oder Forschung, die durch Pentagon-Mittel finanziert wurde. Diese Verstöße fanden u. a. an folgenden Hochschulen statt: Uni Bremen, TU Darmstadt, Uni Frankfurt a. M., Uni Freiburg, Uni Göttingen, TU Ilmenau, Uni Kassel, Uni Konstanz, Uni Rostock, Uni Tübingen. Auch diese Übersicht soll bitte nur beispielhaft betrachtet werden. Wir haben sie zusammengestellt, um deutlich zu machen, dass eine Zivilklausel auf dem Papier nicht zwangsläufig eine gelebte Zivilklausel bedeutet. Sie ist wie alles Papier relativ geduldig und so kommt es zu den Verstößen, gegen die wir uns meiner Ansicht nach noch nicht mit der entsprechenden Hingabe und vor allen Dingen nicht mit dem entsprechenden Erfolg wehren. Gründe hierfür gibt es mehrere. Zum Beispiel fehlen Gremien, die die Einhaltung der Selbstverpflichtung kontrollieren. Es ist meistens nur ein Beschluss ohne Verifikationsinstanz und Kontrollmechanismen. Wie gehe ich damit um, mich rechtsverbindlich damit auseinanderzusetzen? Wie setze ich mich mit dem Argument „es ist ja gar kein Verstoß, es ist reine Grundlagenforschung“ oder den immer wieder von rechts vorgetragenen Punkten „Forschung dient Friedensverteidigung“ und „die Armee ist ein Teil unseres Selbstverständnisses“ auseinander? Wir haben meiner Ansicht nach das Problem, dass wir die Zivilklausel mangelhaft in den Diskussionen der Öffentlichkeit der Universitäten verankert haben, dass Zivilklauseln mehr ein Insiderdiskurs sind und nicht ein lebendiger Diskurs in der Hochschule. Und wir haben natürlich vor allen Dingen keine oder kaum eine Offenlegung von Drittmittelprojekten, um Verstöße aufzudecken oder auch um sie bekämpfen zu können. Das hat jetzt erst in Niedersachsen mit der neuen rot-grünen Regierung und ihrer Transparenzverpflichtung für die Hochschulen begonnen. Zusammenfassend komme ich hier somit zu dem Schluss: eine Zivilklausel muss gelebt werden! Nur wo sie ein aktiver verankerter Teil der Kultur der Universität ist, kann sie auch verteidigt werden.

Nur wenn sich eine lebendige Verteidigung von Studierenden und anderen Hochschulangehörigen, die sich an den Orten engagieren, entwickelt, kann eine Zivilklausel gegen Verstöße verteidigt werden. Das ist übrigens nicht anders als mit anderen demokratischen Rechten. Auch Demokratie muss gelebt und gegen die, die immer wieder Angriffe auf sie starten, verteidigt werden. Das ist eine große Herausforderung. Ich muss dazu jedoch auch ergänzen, dass ich selbst bereits auf vielen Zivilklausel-Veranstaltungen gewesen bin und deshalb weiß, dass es auch nicht so ganz einfach ist

dauerhaft für eine Zivilklausel zu wirken. Es gibt schon Frust, wann immer man wieder gegen die gleiche Wand der Ignoranz anrennt. Und die Argumente der anderen sind ja nicht überzeugend, sondern nur aus einer Machtposition heraus formuliert. Wir versuchen gegen sie Aufklärung zu betreiben, doch das ist manchmal wirklich nicht so ganz einfach.

Studium und Engagement lassen sich immer schwerer miteinander vereinbaren. Als ich studiert habe, war die Uni ein kultureller Freiraum. Ich glaube, davon kann man beim Bachelor- und Masterstudium heutzutage nicht mehr reden. Wir hatten Zeit, etwas anderes nebenbei zu machen und wir haben uns auch die Zeit nehmen können. Bei uns hätte sich auch keiner getraut eine Anwesenheitsliste im Seminar herumzugeben.

Die Ökonomisierung erschwert, ja verunmöglicht, demokratisches Engagement, das Sich-Einbringen in gesellschaftliche Diskurse, die Kritik und die Reflexion – und dies ist auch das Ziel der Ökonomisierung und Entsolidarisierung der Institution Universität.

Ich glaube, dass Studierenden durch ihre Doppel- und Dreifachbelastung ein Engagement enorm erschwert wird. Ebenso ergeht es vielen Hochschulmitarbeitern, deren Prekarisierung erschreckende Ausmaße angenommen hat. Nach neuesten Zahlen der GEW haben 90% von ihnen lediglich befristete Stellen. Das muss man einfach im Kopf haben, wenn man solche sozialen Bewegungen und ihre Aktivitäten diskutiert. Wenn ich nur einen 2-Jahresvertrag habe, gleichzeitig noch meinen Doktor machen soll und vielleicht auch noch eine Familie gründen möchte, dann ist es ungeheuer schwer, sich auch noch für die Zivilklausel in einer Kontroverse zu engagieren. Ich glaube, man sollte das auch noch in Rechnung stellen. Diese ganze ungeheure Prekarisierung sowie der immense Druck auf die Studierenden sind meiner Meinung nach Gründe, weswegen es eine Massenbewegung bzw. eine breite Bewegung nur in Ansätzen und sehr selten gibt.

Ich möchte auch noch einen weiteren Punkt deutlich machen. Es ist kein Zufall, dass die Auseinandersetzung um die Zivilklausel und das Friedensgebot des Grundgesetzes an den Hochschulen so zugespitzt ist. Universitäten und die Intelligenz sind wichtig für die zukünftige Entwicklung einer Gesellschaft. Auf welche Seite sich die Intelligenz schlägt, ob zu Krieg oder Frieden, kann auch ausschlaggebend für die Gesellschaft und das gesellschaftliche Klima sein. 1914 wurden im August die Seminare geschlossen und die Studierenden zogen zusammen in den 1. Weltkrieg. Sie folgten den nationalistischen Prophezeiungen ihrer Hochschule. Abiturklassen beendeten das Abitur früher, um geschlossen an der belgischen Front zu krepieren und sich abschlachten zu lassen - ohne Protest. Und derjenige, der in der Klasse möglicherweise dagegen war, wurde ausgeschlossen, wenn nicht Schlimmeres mit ihm passierte. Heute ist die Intelligenz, zu großen Teilen immer noch oder teilweise auch wieder, Repräsentant von durchaus kritischen, nachdenklichen, alternativen Positionen. Was sich in den nächsten Jahren an den Hochschulen durchsetzt, ein kritisches Bewusstsein der Intelligenz oder eine angepasste Sichtweise an eine neoliberale Ökonomisierung, ist nicht unwichtig für die gesellschaftliche Entwicklung. Um die Intelligenz findet ein Ringen statt. Es geht um die Gramscianische Hegemonie. Wir wollen die Hegemonie mit den Gedanken und der Kultur des Friedens, und die politischen neoliberalen Eliten wollen eine Veränderung der Kräftekonstellationen in Richtung Neoliberalismus und Krieg, um es mal platt zu sagen. Und deswegen sind die Auseinandersetzungen in manchen Fragen auch so hart. Denn es geht doch immer wieder um die Frage, in welche Richtung wissenschaftlich-technischer Fortschritt geht, ob es Menschen, vor allem Hochschulangehörige, gibt, die bezweifeln, dass alles, was möglich wäre, auch gut und gangbar ist.

Fortschritt für gesellschaftliche Transformation zu Nachhaltigkeit oder Diener des Finanzkapitalismus – diese Entscheidung hat auch etwas mit dem Engagement für Zivilklauseln zu tun.

Der Think Tank der Bertelsmann Stiftung hat vor fast 30 Jahren die Ökonomisierung der Hochschulen als strategisches Ziel für die Politik und die Universitätsbürokratie vorgegeben – mit großem Erfolg. Es gilt die Unterordnung der Hochschulen unter kurzfristige wirtschaftliche Interessen zu überwinden und den humanistischen Charakter des Kulturgutes Wissenschaft wieder aus den ökonomischen Fesseln zu befreien.

Es geht also bei dieser Auseinandersetzung immer auch um Profit und Macht. Und das sollten wir uns jetzt auch vergegenwärtigen, wenn wir uns manchmal fragen: „An welchen Mauern reiben wir uns denn gerade wund?“ Und: „Warum stürzt diese gottverdammte Mauer nicht ein?“ Es gibt auch ganz viele, die immer wieder neue Stahlträger aus Macht- und Profitinteressen in diese Mauer einziehen. Diese Auseinandersetzung wird in den nächsten Jahren sicher nicht einfacher, wenn ich mir die imperiale Hegemonialpolitik in den jetzigen Zeiten angucke. Wir gelangen an die Grenzen von Ressourcen. Das heißt, nationale und internationale Verteilungskämpfe bekommen eine ganz andere Dimension. Und diese Verteilungskämpfe werden nicht nur friedlich sein.

Die erste Welt kämpft um ihre Hegemonie gegen neuauftretende Kräfte. Wir müssen uns da nur die derzeitige NATO-Strategie vergegenwärtigen.

Kriege brauchen eine innere Militarisierung. Die Menschen müssen in den Köpfen bereit sein für den Krieg. Es ist das riesige Problem von Herrn Gauck und der Bunderegierung, dass unsere Gesellschaft noch nicht kriegswillig genug ist, deswegen ihre ganzen ideologischen Kampagnen und auch ihre Hetze. Krieg und Kriegsvorbereitung führen zu einem Abbau von Demokratie und Opposition. Und das ist das Gegenteil von Zivilklausel und Engagement.

Auch hier sollten wir uns also durchaus darauf einstellen, dass es in nächster Zeit nicht einfacher wird. Wir müssen verstehen, dass wir schon im Mittelpunkt einer gesellschaftlich zugespitzten Auseinandersetzung stehen. Mein Fazit zum Thema „Krieg und Frieden“: Es geht um den Missbrauch von Grundgesetz und Demokratie. Auch derzeit werden Kriege vorbereitet. Nur zur Erinnerung: Deutschland ist an 17 Interventionskriegen beteiligt. Davon steht nichts im Grundgesetz. Und dazu braucht man Feindbilder nach innen und außen. Wir haben im Februar die Sicherheitskonferenz in München. Ich glaube all das, was ich gerade dargestellt habe, werden wir da noch einmal plastisch erleben können.

Was sind nun die Schlussfolgerungen für mich? Zusammenarbeit und Kooperation sind die Basis für Erfolge.

Es ist als erstes positiv zu vermerken, dass wir immer noch da sind.

Dieses Arbeitstreffen ist ein guter Ausdruck dessen, dass es uns noch aktiv gibt. Diese Zusammenarbeit und Kooperation verlangt darüber nachzudenken, wie wir sie verbessern und intensivieren können, um unsere solidarische Zusammenarbeit zu festigen und zu weiteren Aktionen kommen zu können. Denn die Zukunft verlangt ein Nein zum Krieg und ein Ja zur Nachhaltigkeit. Es geht auch um die Antikriegsstimmung der Menschen. Sie ist der Unterfang unseres Erfolges. Es wird keine isolierten Hochschulerfolge geben, wenn es keine gesellschaftliche Unterstützung gibt.

Deswegen müssen wir uns meiner Ansicht nach auch darum bemühen, Friedensbewegung und Zivilklausel-Bewegung enger zusammenzuführen und gemeinsam stärker in Aktion zu treten. Vernetzung und der „Friedenswinter“ sind dabei sicher zwei wichtige Stichworte. Die Friedensbewegung und die Zivilklausel-Bewegung haben eine gemeinsame Aufgabe: Sie sind Teil einer Bewegung für eine andere Hochschule. Dies ist ein Teil von Bündnispolitik. Damit hängt auch die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und anderen daran interessierten Hochschulkräften zusammen.

Ein Teil der Antworten auf die neuen Herausforderungen ist die alte Erkenntnis, dass der Feind im eigenen Lande steht. Das wussten schon Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Wir müssen uns also mit unserer Regierung und ihrer Politik, mit der Landesregierung bei Hochschulpolitik und mit der Bundesregierung bei Krieg und Frieden, auseinandersetzen. Dies verlangt auch Mut und persönliches Engagement. Wir haben ja auch in unseren Reihen Whistleblower (siehe Tübingen) und Menschen, die sich in dieser Richtung engagieren. Ich glaube, dass wir von diesen Menschen, die den Mut haben, trotz persönlicher Widerstände und Anfeindungen, zu ihrer Position zu stehen, ganz viel lernen können. Und damit beziehe ich mich nicht nur auf Edward Snowden. Das heißt, wir brauchen meiner Ansicht nach ein Ringen um mehr Aufklärung, mehr Aktionen und in dem Zusammenhang auch mehr Zivilklauseln.

Zivilklauseln sind ein wichtiges Mittel Militarismus an den Hochschulen an die Öffentlichkeit zu bringen und immer wieder darüber zu diskutieren. Das heißt, auch wenn wir irgendwo kurzfristig eine Zivilklausel nicht durchgesetzt kriegen, aber eine Hochschuldebatte über die Militarisierung bekommen, dann ist das für mich ein ganz wichtiger Impuls und ein ganz wichtiger Schritt, der gar nicht hoch genug einzuschätzen ist. Jede Zivilklausel ist ein riesiger Erfolg, aber auch der Weg dorthin, die Bewegung zu dem Ziel, ist dabei meiner Ansicht nach ganz entscheidend. Ich würde gerne dazu anregen, dass wir neu und intensiver über unsere Bündnispolitik an den Hochschulen nachdenken. Ich denke, wir müssen noch stärker überlegen, wie wir es schaffen mit Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern, Gewerkschaften und anderen Organisationen noch vertiefter als in der Vergangenheit zusammenzuarbeiten. Bremen ist hierfür ein wunderbares Beispiel. Da, wo es eine intensive Kooperation mit Hochschullehrern gegeben hat, zum Beispiel in Bremen oder in Frankfurt, sind Erfolge erzielt worden. Aber auch dort haben wir meiner Meinung nach noch mehr Möglichkeiten.

Nichts, aber auch gar nichts, wird geschehen, wenn es uns nicht gelingt, mehr Studierende zu gewinnen, sich an unseren Aktivitäten zu beteiligen oder besser noch selbst aktiv zu werden.

Ich möchte mit Wolfgang Borchert enden:

„Du Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befahlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN“

Eröffnungsbeitrag von Reiner Braun, Geschäftsführer der IALANA und Co-Sprecher der „Kooperation für den Frieden“. Der Beitrag wurde mit der Unterstützung von Tobias Falk und Lucas Wirl erarbeitet.